

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung  
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Dr. Marco Genthe und Dr. Stefan Birkner (FDP)

**Auswirkungen des Personalmangels an den niedersächsischen Gerichten**

Anfrage der Abgeordneten Dr. Marco Genthe und Dr. Stefan Birkner (FDP) an die Landesregierung, eingegangen am 08.07.2019

Der *NDR* berichtete am 11.06.2019 unter der Überschrift „Zu wenig Personal an norddeutschen Gerichten“, dass Panorama 3 den Personalbestand aller norddeutschen Amts- und Landgerichte abgefragt habe und zu einem erschreckenden Ergebnis gekommen sei. Die meisten Amts- und Landgerichte seien mit deutlich weniger Richterinnen und Richtern ausgestattet, als nach dem offiziellen Bemessungssystem - genannt PEBB§Y - eigentlich vorgesehen.

Besonders schlecht stehe Niedersachsen da. Von den insgesamt 91 Amts- bzw. Landgerichten in Niedersachsen würden an 87 Gerichten weniger Richterinnen und Richter als eigentlich offiziell vorgesehen arbeiten.

Im Rahmen dieses Beitrages wurde eine Richterin am Amtsgericht Lübeck für Wirtschafts- und Jugendstrafsachen interviewt. Sie führte aus, dass die Situation dazu führen könne, dass Richterinnen und Richter bei komplexen Verfahren dazu neigen, Deals abzuschließen, um so Verfahren nicht ausufern zu lassen. „Damit verschaffe ich aber unter Umständen Leuten einen Vorteil, die anwaltlich besser vertreten sind, als Leuten, die das nicht sind. Das heißt, ich kriege irgendwann eine Klassenjustiz, diese Gefahr sehe ich“, sagte die Richterin.

Weiter führt Panorama 3 aus, dass bei zu langen Verfahrensdauern außerdem Strafrabatte für Angeklagte oder Entlassungen aus der Untersuchungshaft drohen könnten. Auch dazu hätten sie Daten abgefragt. Das Ergebnis: Die Verfahrensdauern würden im Schnitt überall in Norddeutschland steigen - in den vergangenen zehn Jahren um rund 15 Prozent in Niedersachsen.

Weiter wird berichtet, dass das Justizministerium keine negativen juristischen Folgen befürchten würde. „Das hängt damit zusammen, dass unsere Richterinnen und Richter, die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte wirklich gute Juristen sind, die auch der höheren Belastung durchaus gut standhalten können“, sagte ein Ministeriumssprecher gegenüber Panorama 3.

Mit Erläuterung per E-Mail vom 23. Juni 2019 teilte der Sprecher in Bezug auf die Berichterstattung des *NDR* mit: „Sie können ganz sicher sein, dass der Unmut über diesen Beitragsteil auch bei mir groß war und ist, denn die Kommentierung und der Zusammenschritt meiner Äußerung gibt die Haltung des Niedersächsischen Justizministeriums nicht nur verzerrt, sondern falsch wieder.“

Weiter führte er aus, dass man in den Jahren 2018 und 2019 bereits eine spürbare Verbesserung erreicht habe, indem vom Landeshaushaltsgesetzgeber mehr als 100 zusätzliche Stellen für Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte zugebilligt worden seien.

Sein Zitat aus dem *NDR*-Beitrag sei aus dem Kontext gerissen, vielmehr habe er auf die Frage geantwortet, ob - Stand heute - die Folgen des Personalmangels für die Bürgerinnen und Bürger bereits zu spüren seien. Dies habe er verneint und sinngemäß wie folgt geantwortet: „Das hängt damit zusammen, dass unsere Richterinnen und Richter, die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte wirklich gute Juristen sind, die auch der höheren Belastung durchaus gut standhalten können. ... Die Arbeit, die da ist, wird verteilt auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die an Bord sind, und die bewältigen das in der Justiz in Niedersachsen bisher ganz großartig.“

Am 04.06.2019 berichtete *Focus Online* unter der Überschrift „Gigantische Pensionierungs-Welle, kaum Nachwuchs: Richter warnt vor Justiz-Kollaps“, dass das deutsche Justizsystem vor einem radikalen Umbruch stehe: In den kommenden Jahren würden bis zu 60 Prozent der Richter und

Staatsanwälte in den Ruhestand gehen. Doch die Neubesetzung der Stellen gestaltet sich schwierig, da es viele junge Juristen in die Wirtschaft ziehe.

1. Vor dem Hintergrund einer bei einem Personalmangel anfallenden Mehrarbeit für Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, auch wenn sie „wirklich gute Juristen sind, die auch der höheren Belastung durchaus gut standhalten können“: Wie viele Stunden täglicher Arbeitszeit von den Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten müssen momentan gefordert bzw. geleistet werden, um dem Personalmangel entgegenzuwirken?
2. Wie viele Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte haben das Angebot des „Gesundheitsmanagements“ in den Jahren 2014, 2015, 2016, 2017, 2018 und in der ersten Jahreshälfte von 2019 in Anspruch genommen?
3. Besteht Sorge, dass das Phänomen des „Burn-Outs“ oder andere Erkrankungen bei den Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten durch eine ständige hohe Arbeitsbelastung zunehmen könnte, oder wird die hohe Arbeitsbelastung als „nicht gesundheitsgefährdend“ eingestuft?
4. Die Landesregierung trägt vor, dass es eine „spürbare Verbesserung“ in den Jahren 2018 und 2019 durch die Schaffung von weiteren mehr als 100 zusätzlichen Stellen für Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte gegeben habe. Wie hat sich die Entlastung konkret bemerkbar gemacht (z. B.: wie viele Verfahren konnten schneller durchgeführt werden, wie viele Überstunden mussten weniger geleistet werden, o. Ä.)?
5. Haben in den letzten Jahren (2017, 2018 und bisher in 2019) sowohl die Verfahrenszahlen als auch die Verfahrensdauer deutlich zugenommen?
6. Ist die Landesregierung der Meinung, dass die Folgen des Personalmangels (Stand heute) für die Bürgerinnen und Bürger nicht zu spüren seien?
7. Sieht die Landesregierung im Hinblick auf den Personalmangel die Gefahr einer „Zwei-Klassen-Justiz“?
8. Wie viele „Deals“ wurden in Strafverfahren in Niedersachsen in den Jahren 2015, 2016, 2017, 2018 und in der ersten Jahreshälfte 2019 geschlossen und wie viele dieser Deals wurden mit Hilfe bzw. Beisein eines Anwalts getroffen?
9. Was unternimmt die Landesregierung, um die Nachwuchsgewinnung von Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten zu fördern?
10. Wie beurteilt die Landesregierung die „Gefahr des Justiz-Kollaps“ in Bezug auf die Pensionierungs-Welle?

(Verteilt am 11.07.2019)